

(Entwurf)

Stadtverwaltung Ingelheim am Rhein

Öffentliche Bekanntmachung

Satzung

über ein besonderes Vorkaufsrecht

an Grundstücken im Stadtzentrum der Stadt Ingelheim am Rhein

vom 17. September 2003

Der Stadtrat der Stadt Ingelheim am Rhein hat in seiner Sitzung am 08. September 2003 aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) und des § 25 Abs. 1 Nr. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 27.08.1997 (BGBl. I S. 2141, ber. BGBl. 1998 I S.137) in der jeweils gültigen Fassung die folgende Satzung beschlossen, die hiermit öffentlich bekanntgemacht wird :

§ 1

Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für Teilgebiete des Stadtzentrums der Stadt Ingelheim am Rhein

- a) zwischen Keltenweg / Georg-Rückert-Straße und Binger Straße
- b) zwischen Binger Straße, Gartenfeldstraße und Bahnhofstraße
- c) zwischen Binger Straße, Stresemannstraße / Friedrich-Ebert-Straße und Bahnhofstraße
- d) Grundstücke Binger Straße 40 - 48

und umfasst folgende Flurstücke:

Gemarkung Nieder-Ingelheim

Flur 8

179/11; 179/14, 179/16, 179/17, 179/18, 184/1, 245/9 südl. Grundstücksteil, 245/13 südl. Grundstücksteil, 245/15 südl. und östl. Grundstücksteil, 246/1, 246/2, 246/10, 246/12, 246/14, 246/15, 247/1, 247/2, 247/7, 247/9, 247/12, 247/13, 247/14, 248/1, 248/2, 248/3, 248/9, 248/11, 248/13, 248/14, 248/15, 248/16, 249/16, 249/17, 249/18, 249/19, 358/3

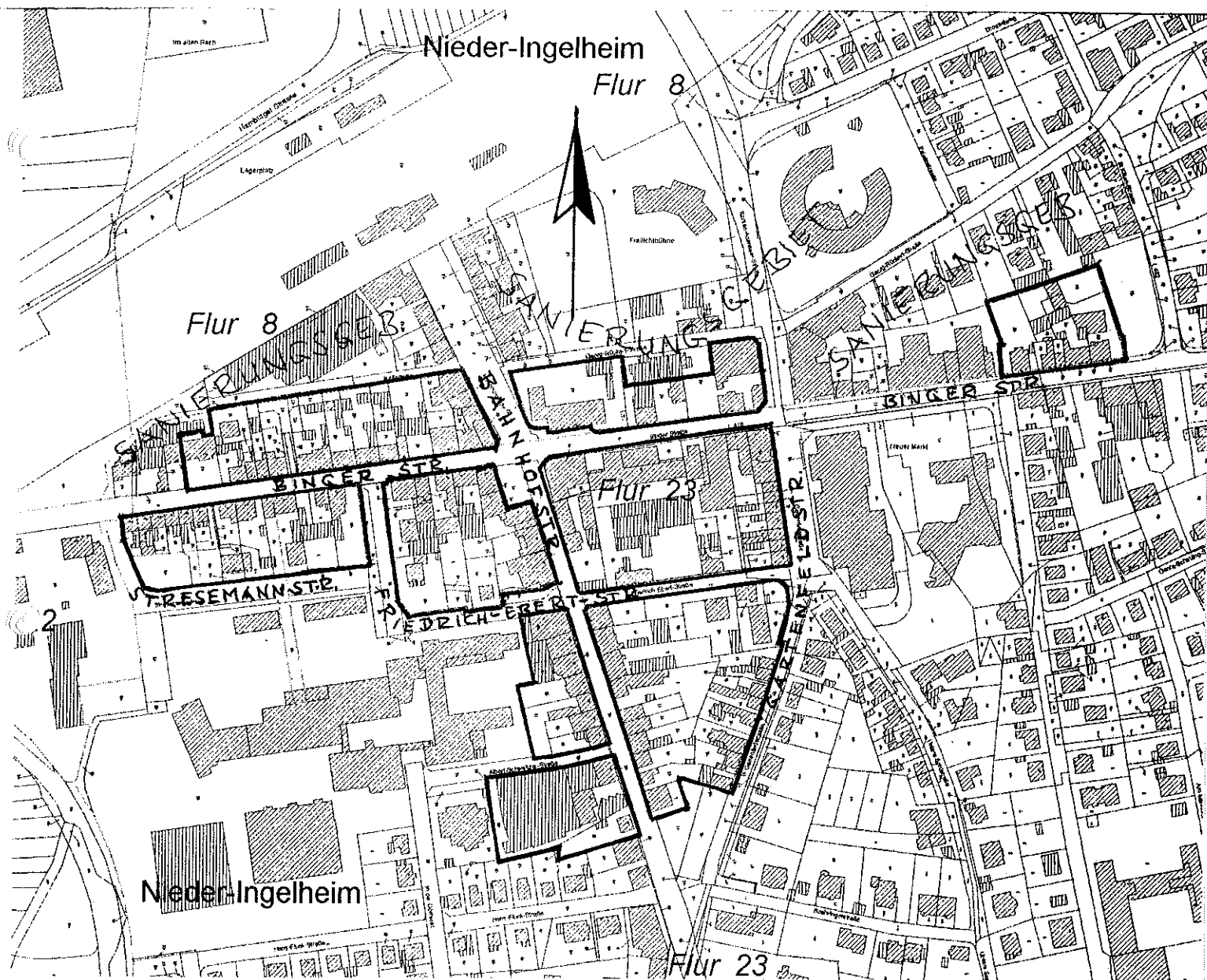
Flur 22

189/1, 189/2, 189/3, 189/4, 189/5, 189/6, 189/7, 192/1, 192/3, 192/4, 192/6, 192/7, 192/8, 192/9, 192/10, 194/2

Flur 23

409/5, 411/7, 413, 414, 415/1, 416/1, 417, 418, 419/1, 419/2, 421/1, 423, 425/1, 427/4, 427/2, 427/3, 429/1, 432/1, 432/3, 432/4, 433/1, 434/6, 434/8, 434/12, 435/4, 436/1, 436/4, 436/10, 436/12, 437/1, 439, 440, 441/1, 441/2, 441/3, 441/5, 442/10, 442/15, 442/16, 443, 446/2, 446/4, 446/6, 446/8, 448/2, 448/3, 449/2, 449/4, 449/6, 449/7, 451/5, 451/6, 454/1, 454/4, 456/1, 457/2, 457/3, 458, 459, 460/6, 460/8, 461/8, 461/9, 461/10, 461/11, 462/3, 463, 464, 485/1, 486/5, 486/6, 486/7, 488/3, 488/4, 488/5, 489/5, 489/6, 505/1, 536/2, 537/1, 537/4

Planskizze :



Die vorstehende Planskizze erhebt keinen Anspruch auf Rechtsverbindlichkeit; sie dient dem besseren Verständnis der Bekanntmachung.

§ 2

Zweck

1. Die Stadt beabsichtigt in dem vorbezeichneten Gebiet entsprechend den Zielen der Raumordnung gemäß dem Regionalen Raumordnungsplan Rheinhessen-Nahe von 1986, dem Landesentwicklungsprogramm LEP III von 1995 und dem Flächennutzungsplan von 11. März 1996 auf der Grundlage zu erstellender Bebauungspläne städtebauliche Maßnahmen durchzuführen mit dem Ziel, durch Schaffung und Entwicklung eines urbanen Zentrums die städtebauliche Situation zu verbessern. Insbesondere soll die Bahnhofstraße teilweise Fußgängerzone bzw. verkehrsberuhigte Zone werden. Dafür sind Flächen für den ruhenden Verkehr in den Innenbereichen der Baublocks Voraussetzung.
2. Zur Verwirklichung dieses Ziels ist ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 Abs. 1 Nr. 2 BauGB an bebauten und unbebauten Grundstücken im Geltungsbereich dieser Satzung erforderlich.

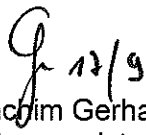
§ 3

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Gleichzeitig tritt die Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht an Grundstücken im Stadtzentrum der Stadt Ingelheim am Rhein vom 25. Mai 1992 außer Kraft.

Ingelheim am Rhein, 17. September 2003

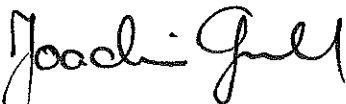


Dr. Joachim Gerhard
Oberbürgermeister

Bestätigung der Ausfertigung :

Hiermit wird die Satzung zur öffentlichen Bekanntmachung ausgefertigt.

Ingelheim am Rhein, 17. September 2003



Dr. Joachim Gerhard
Oberbürgermeister

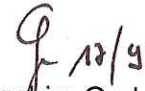
Hinweis:


Nach § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung (GemO) wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz oder auf Grund der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der Jahresfrist nach der Bekanntmachung die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Stadtverwaltung unter der Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Ingelheim am Rhein, 17. September 2003


Dr. Joachim Gerhard
Oberbürgermeister


17.9.
17.9.